



2/2021

## ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

*Liebe Leserinnen und Leser,*

ÜBERRASCHUNG: Mitten im meteorologischen Winter kommt tatsächlich der Winter, mit Kälte und Schnee. Wer hätte das gedacht? Jedenfalls nicht die Deutsche Bahn! Blieben die ICE-Züge vor Jahren schon wegen einem Flockenwirbel stehen, ließ sie die Bahn nun vorsorglich gleich ganz im Depot. Da lohnt sich ein kurzer Blick in alte Zeiten: Selbst auf den sächsischen Schmalspurbahnlinien war für alle Fälle ein Schneepflug auf den Schienen verfügbar. Aber wie hießen doch gleich die vier Hauptfeinde der sozialistischen Planwirtschaft?

Die Linke will ja bekanntlich sowieso in diese Zeiten zurück. Das beweist einmal mehr ihr entworfenen Programm für die Bundestagswahl. Egal ob bei Landwirtschaft, Wohnungsmarkt, Pharmaindustrie oder Energieversorgung. Überall soll der Staat den Markt ersetzen. Ganz wie in alten Zeiten. Die Ergebnisse einer solchen Politik waren 1989 zu besichtigen und sind heute noch der Grund für spezielle Probleme der ostdeutschen Bundesländer. Am besten ist dieser Vorschlag: Jeder Beschäftigte soll zwei Mal im Leben ein sogenanntes Sabbatical nehmen dürfen, übersetzt ein arbeitsfreies, aber sicher vollbezahltes Jahr. Das wäre dann sicher der fünfte Feind.

Aber auch unabhängig von den winterlichen Temperaturen wird die Stimmung immer frostiger. Nach den Gesprächen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten diese Woche gibt es wieder keine weiterführende Perspektive, auch wenn diese zuvor vollmundig versprochen wurde. Dafür eine neue Zahl: Inzidenzwert 35. Als Wirtschaftspolitiker setze ich mich seit Wochen dafür ein, klare Szenarien für die Wirtschaft zu entwerfen.

Wenigstens in Sachsen öffnen ab Montag wieder Kitas und Schulen. Das ist eine wirklich gute Botschaft. Nicht nur um bei den Eltern den Druck zumindest etwas zu mindern. Trotzdem: Viele Schüler werden den versäumten Unterrichtsstoff wohl nicht mehr aufholen können. Aber vor allem auch die vielen Betriebe und Geschäfte gehen weiter unsicheren wirtschaftlichen Zeiten entgegen. Alle brauchen eine Öffnungsperspektive, nicht nur die Frisöre. Nächste Woche lässt sich die ein oder andere gezüchtete Haarpracht noch unter dem Faschingshut verstecken, aber was ist nach dem Aschermittwoch?

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende. Genießen Sie die weiße Pracht und lassen Sie sich am Montag den Faschingspfannkuchen schmecken.

Ihr

*Andreas Lämmels*

## DIE WOCHE IM PARLAMENT

**Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen (EpiLage-Fortgeltungsgesetz).** Der Bundestag muss durch einen eigenen Beschluss alle drei Monate das Fortbestehen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite feststellen, sonst gilt die Feststellung als aufgehoben. Der Gesetzentwurf stellt nun sicher, dass die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendigen Regelungen über den 31. März 2021 hinaus gelten. Zudem wird die Regelung in § 56 IfSG entfristet, aber von der Feststellung der epidemischen Lage durch den Bundestag abhängig gemacht. Dies betrifft den Entschädigungsanspruch für Verdienstausfall bei Schließung von Schulen und Kindergärten.

**Drittes Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise.** In erster Lesung befassten wir uns mit einem Gesetzentwurf zur Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Februar 2021. Zur weiteren Bekämpfung der Corona-Folgen und Stärkung der Binnennachfrage werden folgende steuerlichen Maßnahmen umgesetzt: Die Gewährung des ermäßigten Umsatzsteuersatz in Höhe von 7 Prozent für erbrachte Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken wird über den 30. Juni 2021 hinaus befristet bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind wird ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt. Der steuerliche Verlustrücktrag wird für die Jahre 2020 und 2021 nochmals erweitert und auf 10 Mio. Euro bzw. 20 Mio. Euro angehoben.

**Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität (Gebäude-ElektromobilitätsinfrastrukturG – GEIG).** In zweiter und dritter Lesung berieten wir ein Gesetz, dass die Vorgaben der novellierten EU-Gebäuderichtlinie 2018/844 zum Aufbau einer Leitungs- und Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität in Gebäuden in nationales Recht umsetzt. Es hat den Zweck, die Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge zu Hause, am Arbeitsplatz und bei alltäglichen Besorgungen zu verbessern. Abhängig von der Anzahl der Parkplätze werden Vorgaben für die Schaffung vorbereitender Leitungsinfrastruktur



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

gemacht. Nach dem 1. Januar 2025 ist zudem jedes Nichtwohngebäude mit mehr als zwanzig Stellplätzen mit mindestens einem Ladepunkt auszustatten.

**Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Planungssicherstellungsgesetzes.** Wir beschlossen in zweiter und dritter Lesung eine Verlängerung der Geltungsdauer des im Frühjahr 2020 beschlossenen Planungssicherstellungsgesetzes. Das Gesetz war zunächst bis zum 31.03.2021 befristet, nun wird die Geltungsdauer bis zum 31.12.2022 verlängert. Mit diesem Gesetz wird geregelt, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie besondere Entscheidungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung auch unter den erschwerten Bedingungen während der COVID-19-Pandemie durchgeführt werden können.

**Gesetz zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei.** In erster Lesung wurde ein Gesetzentwurf beraten, mit dem das überwiegend aus dem Jahr 1994 stammende Bundespolizeigesetz modernisiert wird. Konkret geht es darum, die Aufgaben der Bundespolizei moderat auszuweiten – hierzu wird eine Zuständigkeit für Strafverfolgung und Abschiebung unerlaubt eingereister Personen geschaffen. Außerdem erhält die Bundespolizei neue und im digitalen Zeitalter notwendige Befugnisse v.a. im Bereich der Gefahrenabwehr.

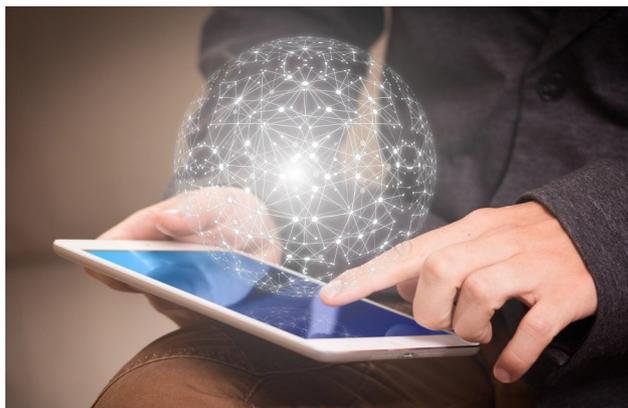
**Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Einführung eines Ordnungsgeldes):** Durch das Gesetz soll ermöglicht werden, Verstöße gegen die Hausordnung des Bundestages zukünftig auch gegenüber Abgeordneten mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 1 000 Euro, im Wiederholungsfall von 2 000 Euro, zu ahnden.

# DATENSTRATEGIE

Um den Standort Deutschland langfristig zu sichern, muss sich unser Umgang mit Daten verändern. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg dorthin ist die neue Datenstrategie der Bundesregierung, die in dieser Woche im Bundestag debattiert wurde.

## Welche Rolle spielen Daten?

Wir verwenden zum Beispiel GPS-Daten auf unserem Handy, um per App den schnellsten Weg von A nach B zu finden. Unsere Kommune könnte diese Verkehrsdaten nutzen, um Straßen in unserer Stadt so zu planen, dass Staus vermieden werden und die Luft- und damit Lebensqualität erhalten werden.



In der Pandemie erleben wir außerdem gerade, wie wichtig Daten für die Wissenschaft und die Wirtschaft sind: Sie helfen uns, das Virus besser zu verstehen und so zu bekämpfen. Forschern, wie den beiden Gründern von BionTech, hat beispielsweise erst der Austausch von Daten und die innovative Nutzung dieser Daten dazu verholfen, ihren Impfstoff zu entwickeln.

## Worauf zielt die Datenstrategie der Bundesregierung?

Ziel der Datenstrategie ist es, die Chancen die in Daten liegen, als Gesellschaft auch zu nutzen. Mit ihren mehr als 240 Maßnahmen will die Datenstrategie Deutschland zum Vorreiter für das innovative Nutzen und Teilen von Daten in Europa machen. Die Bundesregierung hat die Strategie in einem breiten Beteiligungsprozess erstellt, inklusive einer Onlinebefragung mit mehr als 1.200 Teilnehmern.

## Welche Handlungsfelder umfasst die Strategie?

Klar ist: Den Weg in die Datengesellschaft kann die Bundesregierung nur gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gehen. Die Datenstrategie identifiziert daher **vier große Handlungsfelder**, die sämtliche Akteure in die Pflicht nehmen.

- **Dateninfrastrukturen leistungsfähig und nachhaltig ausgestalten:** Zunächst geht es um das Fundament für eine moderne Datengesellschaft, zum Beispiel Infrastrukturmaßnahmen. Hierzu gehören Vorhaben zu Quanten- und Hochleistungsrechnern, aber auch das Projekt Gaia-X. Weiterhin sind in der Datenstrategie Vorhaben aufgeführt, die ein lebendiges Ökosystem erzeugen, also etwa Datenräume für Gesundheit. Beispiel hierfür ist erstmalig ein bundesweites Krebsregister, das die Daten aus den Ländern zusammenführt.
- **Innovative und verantwortungsvolle Datennutzung steigern:** Hier geht es darum, die Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass mehr Daten verantwortungsvoll und nachhaltig genutzt und geteilt werden können und zugleich missbräuchliche Datennutzung verhindert wird. Dazu will die Bundesregierung mehr Rechtssicherheit schaffen, innovative Datenräume anstoßen und - zum Beispiel durch Datentreuhänder - neue Kooperationsformen ermöglichen. Neben den großen Chancen der innovativen Datennutzung gilt es hier aber auch, den politischen, gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen von Datenmissbrauch entgegenzuwirken.
- **Datenkompetenz erhöhen und Datenkultur etablieren:** Ein weiteres Ziel der Datenstrategie ist es, die Datenkompetenz in der breiten Bevölkerung, der Wirtschaft und Wissenschaft deutlich zu erhöhen. Denn nur wer weiß worum es geht, kann souveräne Entscheidungen treffen.
- **Den Staat zum Vorreiter machen:** Nicht zuletzt muss sich auch die Verwaltung selbst neu aufstellen, um für moderne Bürgerinnen und Bürger gute digitale Leistungen zu erbringen. Die staatliche Dateninfrastruktur muss daher nachhaltig gestaltet werden und die Datenkompetenz der Staatsbediensteten verbessert werden. Mehr öffentliche Daten, transparenteres Arbeiten sowie bürgerfreundlichere Services sind hier die Ziele.

Hier finden Sie die [Datenstrategie der Bundesregierung](#).

## AUS DEM WAHLKREIS



Aus exzellenter Forschung sollen technologische und soziale Innovationen der Zukunft entstehen, die schneller im Alltag der Menschen ankommen: Dafür steht der **Zukunftscluster-Wettbewerb** (Clusters4Future) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Einer der sieben Wettbewerbsgewinner ist das sächsische **Projekt »SaxoCell«**, mit dem in Sachsen ein Zentrum für Zell- und Gentherapie entstehen soll. Im Cluster »SaxoCell« selbst haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sächsischer Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen, um neue Anwendungsgebiete und Produktionsmethoden für personalisierte Gen- und Zelltherapeutika, so genannte »lebende Arzneimittel«, zu erschließen. Dabei sollen Zellen mit präzisen definierten Funktionen und einem hohen Sicherheitsprofil für die sichere und klinische Anwendung im industriellen Maßstab und zu sozial verträglichen Kosten hergestellt werden, um ein realistisches und tragbares Wirtschaftsmodell mit hohem Wertschöpfungspotenzial zu ermöglichen. Das Cluster will dazu die Bereiche Gen- und Zelltherapie, Künstliche Intelligenz, Automatisierung sowie regulatorische Bereiche aus Wissenschaft und Industrie zusammenbringen.

Das **INNOspace Netzwerk Space2Agriculture** ist ein Innovationstreiber im Bereich Raumfahrt und eröffnet insbesondere eine Kommunikationsplattform zwischen der Raumfahrt und der Landwirtschaft. Ziel ist es, eine Vielzahl an strategischen Schlüsseltechnologien zu bündeln und zukünftig

überall auf der Welt flexibel und kostengünstig nutzbar zu machen. Für das Technologietransfersprojekt haben sich zwei Forschungsgebiete an der **TU Dresden** gefunden. Dass der Austausch zwischen verschiedenen Wissenschaftsfeldern in meinem Wahlkreis so gut funktioniert, freut mich natürlich außerordentlich. Ein Blick über den Tellerrand hat schon immer den eigenen Horizont erweitert und so manches Problem in der Welt gelöst. Und davon haben wir bekanntermaßen ja so einige. Der **Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik** verfügt traditionell über umfangreiche Erfahrung im Bereich Antennendesign, sowie auf dem Gebiet der Satellitentechnik und Radar-Fernerkundung. Am **Institut für Naturstofftechnik**, unter welchem die Professur für Agrarsystemtechnik arbeitet, sind Kompetenzen auf dem Gebiet der Gewinnung, Verarbeitung und Veredlung von Naturstoffen entlang der Wertschöpfungskette für Lebensmittel gebündelt. Daher lag es nah, beide Institute zusammenzubringen.



### TERMINE

18.02.2021, digital

Parlamentariergruppe Westafrika zur Sahel-Allianz

23.02.2021, digital

Bundeskongress genossenschaftliche Energiewende

24.02.2021, Berlin

Gespräch mit Marco Wanderwitz, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMWi, zur Außenwirtschaftsförderung

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: [newsletter@andreas-laemmel.de](mailto:newsletter@andreas-laemmel.de) / [www.andreas-laemmel.de](http://www.andreas-laemmel.de) / [www.facebook.com/laemmelmdb](https://www.facebook.com/laemmelmdb)